

SPIEGEL Titel

Terror: „Da waren Superprofis am Werk“

Nach dem Bombenanschlag auf den Siemens-Manager Beckurts hatten hohe Beamte des Bundeskriminalamtes eine weitere „Offensive der RAF und ihrer militanten Unterstützer“ für denkbar. Während Polizeiexperten

nach neuen Möglichkeiten des Personenschutzes suchen, nutzen rechte Unionspolitiker das Attentat auf den Atomforscher, um die nach Tschernobyl erstarkte Volksbewegung gegen Kernkraftwerke zu diskriminieren.

In dem Augenblick, als der schwarze Mercedes 600 über eine kleine Brücke in der Nähe des Brüsseler Nato-Hauptquartiers raste, ging die Bombe hoch. Betonblöcke und Steine spritzten in die Luft, die Explosion zerfetzte einen hinteren Kotflügel des Wagens und riß einen Krater in die Erde, vier Quadratmeter groß und einen Meter tief.

Der Mann, dem – am 25. Juni 1979 morgens um 7.38 Uhr – das Attentat

galt, überlebte unverehrt: Alexander Haig, damals Oberbefehlshaber der Nato in Europa. Sicherheitsbeamte, die dem General in einem Begleitfahrzeug folgten, erlitten Verletzungen, ihr Wagen wurde total zerstört.

Die Bombe war 40 Zentimeter unter der Straßendecke versteckt und mit einem 173 Meter langen Kupferkabel ferngezündet worden. Wäre sie nur eine Zehntelsekunde früher detoniert, wäre Haigs Mercedes voll getroffen worden. So aber explodierte der 20-Kilo-Sprengsatz zwischen dem Dienstwagen des Generals und dem Begleitfahrzeug.

Die Attentäter meldeten sich wenige Tage später. In einem Brief bekannte die „Rote Armee Fraktion“ (RAF), ihr „Kommando Andreas Baader“ habe den Anschlag ausgeführt, allerdings einen „Fehler“ gemacht.

Die Mitglieder des Kommandos, schrieb die RAF, hätten ausgerechnet, daß sich Haigs Wagen „zwei Meter in der Zehntelsekunde bewegt“, und daher die Zündung auslösen wollen, als das Fahrzeug „mit der Vordertür auf der Höhe der Ladung war“. Als Irrtum jedoch habe sich die Annahme erwiesen, die Explosion lasse sich „auch bei einer

Terror-Tatort Straßlach: „Wir haben uns keine Illusionen gemacht“



Terror-Opfer Beckurts
Letzter auf der Liste





RAF-Attentat bei Brüssel 1979, Attentatsziel Haig: „Explosion nicht exakt genug mit der Hand ausgelöst“

so hohen Geschwindigkeit exakt genug mit der Hand auslösen“. Sieben Jahre später, am 9. Juli 1986 um 7.28 Uhr, verstanden es RAF-Attentäter, einen derartigen Fehler zu vermeiden.

Ein 30-Kilogramm-Sprengsatz, abgefüllt in zwei Bundesbahn-Gasflaschen und abgestellt unter einer riesigen Esche am Rande der Staatsstraße 2072 zwischen München und dem Vorort Straß-

„Wir können nicht jeden Gullydeckel kontrollieren“

lach, detonierte in exakt jenem Sekundenbruchteil, in dem der graue BMW des Siemens-Vorstandsmitglieds Professor Karl Heinz Beckurts, 56, die Bombenfalle passierte.

Auf der Fahrbahn hatten die Täter offenbar, wie Kriminaltechniker später analysierten, „diesmal eine Kontaktschwelle“ installiert, die sie beim Herannahen des Zielfahrzeuges über ein 80 Meter langes Kabel aktivierten: Als der Wagen des Elektronik-Managers die Schwelle passierte, wurde die Bombe automatisch gezündet, per Elektronik.

Bei dem Exportkaufmann Gerd Wenzel aus Straßlach „wackelten die Wände“. Selbst eine Rentnerin im gut fünf Kilometer entfernten Hohenschäftlarn konnte den Knall noch gut vernehmen: „Ich dachte, jetzt fangen die mit ihren Überschallflügen schon in aller Früh“ an.“

Eine Feuersäule schoß zwanzig Meter hoch, der Explosionsdruck fegte den schweren Wagen in den Graben der gegenüberliegenden Straßenseite: Totalschaden, beide Insassen tot. „Da waren Superprofis am Werk“, kommentierten Kripoexperten noch am Tatort den Dop-

pelmord an dem Manager Beckurts und dessen Fahrer Eckhard Groppler, 42.

In einer Aktennotiz hielten BKA-Spitzenbeamte anderntags die Überlegung fest, das Attentat markiere möglicherweise „den Beginn einer neuen Offensive der RAF und ihrer militanten Unterstützer“. Daß abermals die RAF zugeschlagen hatte, entnahmen die Ermittler einem „als authentisch angesehenen“ Bekennerbrief, der sich in einer nahen Fichtenschonung fand, unter der Batterie der Fernschaltvorrichtung; der Brief war auf derselben Maschine getippt worden wie die Bekennerschreiben zu den letzten drei RAF-Anschlägen.

Ins Bewußtsein der Bundesbürger zurückgebombt hat sich in Straßlach eine Untergrund-Truppe, die monatelang nichts von sich hatte hören lassen, nachdem westdeutschen Terroristen in den

Jahren 1971 bis 1985 mehr als dreißig Menschen zum Opfer gefallen waren.

Vorübergehend hatten Fachleute schon vermutet, „daß irgendwie die Zeiten bei der RAF vorbei sind“, wie noch Anfang letzten Jahres der damalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heribert Hellenbroich, urteilte. Doch die Fahnder-Hoffnung, die RAF habe „keine Köpfe, keine Logistik, kein Konzept mehr“, erwies sich bald als irrig.

Nach dem Mordanschlag auf Ernst Zimmermann, den Vorsitzenden der Geschäftsführung der Motoren- und Turbinen-Union (MTU), im Februar 1985 nahm kein Fachmann mehr an, eine mehrmonatige Mordpause könnte auf ein Ende des Terrors hindeuten. „Wir haben uns keine Illusionen gemacht“, sagte letzte Woche ein Sicherheitsexperte: „Man konnte davon ausgehen, daß die Terroristen intensiv ein spektakuläres Attentat vorbereiteten.“

Den Mord von Straßlach wertete Generalbundesanwalt Kurt Rebmann sogleich als ein „Novum“ in der Geschichte des westdeutschen Terrorismus. Ferngesteuerte Bombenfallen hatten Attentäter zwar schon gegen Haig sowie mehrfach in Irland, in Italien und im Baskenland eingesetzt, nie zuvor jedoch an einer öffentlichen Straße in der Bundesrepublik.

Die Tücke der neuen Waffe, die Präzision des Plans, die Brutalität seiner Ausführung – all dies läßt Experten mit einer neuen Dimension der Gewalt rechnen: Die Auseinandersetzung zwischen den Terroristen und dem Staat scheint mehr und mehr zu einem ungleichen Kampf zu geraten, in dem die Zielpersonen nahezu schutzlos sind.

Auch noch so umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen, beschreibt Rebmann diese Ohnmacht, seien beim Einsatz von Fernsteuer-Bomben nur „relativ er-



RAF-Opfer Zimmermann*
„Einer von vielen tausend“

* SPIEGEL-Titel 6/1985.

folgreich“. „Wir können“, sagt ein Fahnder, „doch nicht jeden Gullydeckel und jeden Chausseebaum kontrollieren“ – schon deshalb nicht, weil die Zahl der potentiellen Opfer zumindest dreistellig ist.

Anders als um die Jahrhundertwende, als anarchistische Bombenleger es vor allem auf Zaren und Könige abgesehen hatten, zielen Westeuropas Terroristen nicht mehr auf eine überschaubare Gruppe von Staatsoberhäuptern, sondern auf eine Fülle sogenannter „Funktionsmasken“ (RAF) – Menschen, die als Säulen des verhaßten „imperialistischen Systems“ erscheinen.

Es mag so absurd klingen wie ehemals, als Ulrike Meinhof, Andreas Baader und Gudrun Ensslin diesem „Schweinesystem den Krieg“ erklärten: Die neuen Terroristen sehen sich in ebendieser Tradition – nur haben sie sich, im Bündnis mit gleichgesinnten Anarchos im benachbarten Ausland, die Feinde noch eine Nummer größer herausgesucht: Nato, Westeuropäische Union, die gesamte Rüstung des Westens.

Seit Anfang letzten Jahres ist eine Strategie erkennbar, wie sie bislang nur

in Filmen der Sorte Doktor Mabuse vorkam: „Die RAF“, bringt ein Staatschützer den Wahnwitz der Rotarmisten auf einen Nenner, „hat der EG den Krieg erklärt.“

Im Visier haben die Attentäter, wie Analysen von Strategiepapieren, Bekennerbriefen und Kassibern zeigen, vor

Hinweise in einem „Wust von Papieren“

allen drei Gruppen von Zielfiguren. Laut Rebmann sind das Angehörige

- ▷ der „Militärmaschine“ von der Bundeswehr über die US-Streitkräfte bis zur Nato-Zentrale – zu dieser Kategorie zählten zum Beispiel General Haig und seine Begleiter;
- ▷ des „Repressionsapparates“ aus Gerichten, Polizei und Staatsanwaltschaften – dazu gehörten etwa der 1974 erschossene Berliner Kammergerichtspräsident Günter von Drenkmann und der 1977 bei einem Anschlag umgekommene Generalbundesanwalt Siegfried Buback;

▷ des „Militärisch-Industriellen Komplexes“, in Bekennerbriefen kurz „MIK“ genannt – er wird zum Beispiel verkörpert durch Manager von Konzernen, die Rüstungsgüter herstellen, wie den MTU-Chef Zimmermann oder das jüngste Opfer, den Siemens-Spitzenmann Beckurts.

Das Hauptproblem der Staatsschützer: Sie wissen zwar aus sichergestellten Unterlagen, welchem Personenkreis das Interesse der RAF gilt. Doch der „Wust von Papieren“, vor allem Berge von handschriftlich markierten Zeitungsausschnitten, ist, wie Bayerns Innenminister Karl Hillermeier sagt, so umfangreich, daß nur Hinweise auf eine abstrakte, nicht aber auf eine akute und aktuelle Gefährdung bestimmter Personen daraus abgeleitet werden können.

So fand sich der Name des MTU-Chefs Zimmermann in Zeitungsartikeln, die RAF-Mitglieder gesammelt hatten – allerdings war auch Zimmermann, so Hillermeier, nur „einer von vielen tausend“ dort Genannten. Bei den meisten Registrierten, sagt ein hoher Verfas-

* In Fallschirmjäger-Uniform.



DIE AKTUELLEN STRATEGISCHEN PROJEKTE DER POLITISCHEN, ÖKONOMISCHEN UND MILITÄRISCHEN FORMIERUNG DES IMPERIALISTISCHEN SYSTEMS IN WESTEUROPA ANGRIFFER !

heute haben wir mit dem kommando mara cagol den vorstand für forschung und technik bei siemens und vorsitzenden des "arbeitskreis kernenergie" in bdi, karl heinz beckurts angegriffen.

die revolutionäre front in westeuropa organisieren !
kommando mara cagol
rote armee fraktion



RAF-Bombenbehälter (Muster), Bekennerbrief (Ausriß), Zündbatterie (u.): Präzision durch Elektronik



RAF-Opfer Groppler*
Mordstrategie gegen „MIK“

„Manager, General, Minister“

Die „Rote Blätter“-Liste der westdeutschen „SDI-Mafia“

Domröse, Lothar, Generalleutnant a.D., Geschäftsführender Vorsitzender des Deutschen Strategieforums e.V., Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, Bonn,

Prof. Dr. Ecker, Günter, Ruhr-Universität, Institut für Theoretische Physik I, Bochum,

Prof. Dr. Fels, Gerhard, Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln,

Frevert-Niedermeier, Alexander, Generalmajor a.D., Deutsches Strategieforum e.V., Bonn,

Dr. Häberle, Heinz, DFVLR, Oberpfaffenhofen,

Hahn, Walter R., Editor-in-Chief, U.S. Strategic Institute,

Dr. Ing. Gassert, Herbert, Brown, Boveri & Cie. AG, Mannheim,

Gemble, Michael L., Program Manager-SDI, Boeing Aerospace,

Dr. Gissel, Hans, AEG-Telefunken, Frankfurt,

Dr. Greve, Otto, Bundesverband der Deutschen Luftfahrt-, Raumfahrt- und Ausrüstungsindustrie, Bonn,

Dr. Grosch, Ernst, Dynamit Nobel AG, Troisdorf,

Prof. Dr. Ing. Güntsch, Fritz-Rudolf, Bundesministerium für Forschung und Technologie, Bonn,

Prof. Dr. Grünwald, Klaus, Fraunhofer-Institut für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen, Euskirchen,

Dr. Ing. Hockel, Hans-Ludwig, Rheinmetall Berlin AG, Ratingen,

Prof. Dr. Ing. Huber, Reiner, Universität der Bundeswehr München, Deutsches Strategie-Forum e.V.,

Hüttel, Rolf, Generalmajor, BMVg, Bonn,

Prof. Dr. Kaltefleiter, Werner, Institut f. Pol. Wissenschaften der Universität Kiel,

Keeri, Carl-Albert, Oberst a.D., Deutsches Strategie-Forum e.V.,

Prof. Dr. Kompa, Karl-Ludwig, Max-Planck-Institut, Garching,

Kumpfert, Hermann, Dipl.-Ing., Deutsches Elektronen Synchrotron, Hamburg,

Dr. Laskin, Robert S., Direktor-SDI-Office, Fort Aerospace,

Dr. Lohr, Helmut, Standard Elektrik Lorenz AG, Stuttgart,

Mallory, Robert J., Product Area Director-SDI, Martin Marietta, Denver,

Dr. Ing. Marx, Günter, BMFT, Bonn,

Meyer, Timm, Rechtsanwalt, BDI, Köln,

Prof. Dr. Dr. Nagel, Ernst-Joseph, Institut für Theologie und Frieden, Bundeswehrhochschule, Hamburg,

Perle, Richard N., Assistant Secretary of Defence, International Security Police, The Pentagon,

Raber, Christopher, Program Manager-SDI, General Electric Corp.,

Dr. Rockwood, Stephen D., Los Alamos National Laboratories,

Dr. Rühl, Lothar, Staatssekretär, BMVg, Bonn,

Dr. Schäuble, Wolfgang, Chef des Bundeskanzleramtes, Bonn,

Prof. Dr. Dr. Staab, Heinz, Präsident Max-Planck-Gesellschaft, München,

Steinberger, Martin, Motoren- und Turbinen-Union, München,

Strätling, Erich, Botschafter a.D., Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn,

Teltschik, Horst, Ministerialdirektor, Bundeskanzleramt, Bonn,

Prof. Dr. Teller, Edward, Hoover-Institution,

Prof. Dr. Timmermann, Manfred, Staatssekretär, BMVg, Bonn,

Trautwein, Reinhard, Elektronik-System-Gesellschaft m.b.H., München,

Triebold, Karl-Friedrich, Krupp-Atlas, Bremen,

Dr. Ulke, Helmut, Fa. Dornier System GmbH, Friedrichshafen,



„Rote Blätter“-Titel

Dr. Veen, Hans-Joachim, Sozialwissenschaftliches Forschungs-Institut, Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin,

Vogel, Friedrich, Staatsminister im Bundeskanzleramt, Bonn,

von Voss, Rüdiger, Wirtschaftsrat der CDU e.V., Bonn,

Dr. Wörner, Manfred, Bundesminister der Verteidigung, Bonn,

Prof. Dr. Wolfrum, Jürgen, Physikalisch-Chemisches Institut, Ruprecht-Karls-Universität, Heidelberg,

Abrahamson, James, General, Director, SDIO/OSD,

Dr. Abrahamson, George, Vice President-Physical Sciences, SRI-International,

Alexandrovich, Alexander, Vice President, Space-System, Grumman Aerospace Corp.,

Altenburg, Wolfgang, General, Generalinspekteur der Bundeswehr,

Prof. Dr. Beckurts, Karlheinz, Siemens AG, München.

sungsschützer, handele es sich wohl auch „nicht um Zielobjekte, sondern nur um Figuren, mit denen sich die RAF in der internen politischen Diskussion beschäftigt“.

Der Name Beckurts stand in einem Artikel, den das linke Studentenmagazin „Rote Blätter“ veröffentlicht hatte und dessen Ablichtung Ermittler im Januar bei der Festnahme einer RAF-Verdächtigen namens Angela Senftleber in Frankfurt fanden.

Die „Roten Blätter“, herausgegeben vom DKP-nahen „Marxistischen Studentenbund „Spartakus“, hatten im November über eine „geheime Runde“ berichtet, die im Juni zuvor in Köln-Wahn über die deutsche Beteiligung an der US-Sternenkriegsforschung beratschlagt hatte. Zu dieser „SDI-Mafia“ gehörten, so die von der RAF photokopierte Liste, fünfzig Personen; an allerletzter Stelle war Beckurts genannt (siehe Kasten).

Staatsschützer versichern, sie hätten sämtliche in den Papieren genannten Deutschen auf ihre Gefährdung hingewiesen. Daß es ausgerechnet Beckurts, den letzten auf der Liste, als ersten treffen würde, konnte niemand mit Sicherheit voraussagen – auszuschließen war es freilich erst recht nicht.

Denn der Name des Managers steht nicht nur in dem von der RAF kopierten SDI-Verzeichnis. Er fand sich auch schon in Aufzeichnungen, die im Juli

Im „Pharaonengrab“ ein Zeitungsschnipsel

1984 in einer konspirativen Wohnung in Frankfurt-Bornheim, Berger Straße 344, sichergestellt worden waren.

Damals beschlagnahmten Terrorfahnder Berge von Strategie- und anderen Papieren – wieder mal „ein Pharaonengrab“, wie der frühere BKA-Chef Horst Herold zu sagen pflegte. Das Material enthielt auch mögliche Anschlagziele, sortiert nach Themen, Städten und Personen – darunter auch einen Schnipsel aus dem Wirtschaftsteil der „Welt“, der sich auf Beckurts bezog.

Daß der Siemens-Mann schließlich als Mordopfer ausgewählt wurde, fügt sich in die erklärte Strategie der RAF, gezielt den „Militärisch-Industriellen Komplex“ zu attackieren. Von einem Anschlag auf Beckurts konnten sich die Attentäter überdies nicht nur Widerhall an den Rändern der westdeutschen „Antimilitarismus“-Szene erhoffen, sondern auch Sympathien in der Anti-Atom-Bewegung. Denn Beckurts war auch als Promoter der Atomenergie ausgewiesen – für die Bombenleger gab er, kein Zweifel, ein ideales Zielobjekt ab.

Bei Siemens, heißt es in dem RAF-Bekennerrbrief, zeichne der Forschungschef verantwortlich für „Militärelektronik“. Vor seiner Karriere im Siemens-Vorstand habe Beckurts „an der Spitze



Beckurts-Partner Riesenhuber*: Millionen für das „Mega-Projekt“

der strategischen Ausrichtung des Kapitals“ zum Zwecke der „Realisierung des Atomprogramms“ gestanden.

Das alles wußten bis zur letzten Woche wohl nur wenige Bundesbürger. Beckurts wirkte lieber im stillen als durch forsche Statements vor Fernsehkameras. „Er trat behutsam auf und hat die Öffentlichkeit gescheut“, erinnert sich der ehemalige SPD-Forschungsminister Volker Hauff an Beckurts' Arbeit an der Spitze des Kernforschungszentrums Jülich: „Aber er verstand, sich als Berater der Politiker durchzusetzen.“

Beckurts, Jahrgang 1930, war von den „nuklearen Gründerjahren“ der Bundesrepublik geprägt. Er studierte und promovierte in Göttingen, damals Zentrum der deutschen Atomphysik. Als Mitarbeiter von Professor Karl Wirtz war Beckurts von Anfang an dabei, als die Grundlagen für die Reaktor-Industrie der Bundesrepublik gelegt wurden.

Die Göttinger leisteten die Vorarbeit für den Forschungsreaktor in Karlsruhe und wechselten 1958 zum dortigen Kernforschungszentrum über. Was immer damals an Großprojekten der deutschen Atomwirtschaft in Gang gesetzt wurde – Beckurts spielte dabei eine wesentliche Rolle.

Der Wissenschaftsmanager projektierte den „Schnellen Brüter“ von Kalkar mit, er leitete die Vorarbeiten für einen „Höchstfluß-Forschungsreaktor“ in Grenoble. Und in einer „Zeit der Euphorie“ wurde er 1970 Chef der Kernforschungsanlage Jülich, die den Hochtemperatur-Reaktor entwickelt hat.

Als Mitte der siebziger Jahre die „Zeit der Krise“ für die deutsche Atomindu-

strie begann, erwies der Nuklearwissenschaftler sich als elastischer Forschungsmanager. Zielstrebig verschaffte er der Jülicher Anstalt neue Aufgaben außerhalb der Kernenergie.

Ausgestattet mit einer schnellen Auffassungsgabe, sei Beckurts „für viele Leute ein etwas irritierender Gesprächspartner“ gewesen, erinnert sich einer seiner damaligen Mitstreiter. Doch diese Qualitäten allein waren es wohl nicht, die Beckurts das Angebot des damaligen Siemens-Chefs Bernhard Plettner einbrachten, in den Vorstand des Elektrokonzerns überzuwechseln.

Der langjährige Manager staatlicher Großforschungseinrichtungen konnte beste Beziehungen zu Hans-Hilger

Haunschild vorweisen, dem Staatssekretär im Bundesforschungsministerium. So wie Beckurts beim Bund zuvor die Gelder für atomare Großprojekte lockergemacht hatte, sollte er nun für einen weiterhin reibungslosen Fluß von Bonner Forschungsmitteln für den Münchner Elektro-Multi sorgen.

Denn da bahnten sich für Siemens unangenehme Entwicklungen an: Der Konzern hatte eine Milliarde Mark für den Aufbau einer eigenständigen deut-

„Der Krieg ist nicht der Vater aller Dinge“

schen Computer-Technik kassiert, ohne daß die Münchner den Vorsprung der Amerikaner erkennbar aufholen konnten. Der Widerstand gegen weitere Subventionen für den mit Eigenmitteln reichlich ausgestatteten Konzern wuchs.

Doch die Rechnung des Siemens-Mannes ging zunächst nicht auf – mit der Bonner Wende kam der Christdemokrat Heinz Riesenhuber ins Forschungsministerium, der allen Aktivitäten Haunschild's skeptisch gegenüberstand. Die gute Verbindung zwischen Beckurts und dem Staatssekretär zahlte sich nicht recht aus.

In mühsamer Kleinarbeit nahm Beckurts den Bonnern die gegenüber den früheren Subventionen bescheidene Summe von 240 Millionen Mark ab. Das Geld ist für das „Mega-Projekt“ bestimmt, die Entwicklung und Produktion eines enorm leistungsfähigen mikroelektronischen Bausteins.

Derartige Super-Chips sind nicht nur für die Computer der Zukunft notwendig. Schnelle und starke Chips brauchen auch die Militärs für die Steue-



Beckurts-Partner Hauff*: Beratung durch den Manager

* Oben: Bei der Inbetriebnahme der Urananreicherungsanlage Gronau, am 12. Juni 1986; unten: im Bremer Institut für angewandte Strahlentechnik, im September 1980.

rung von Raketen, Flugzeugen oder Panzern.

Als „Rüstungskonzern“ mag sich Siemens dennoch nicht gern beschimpfen lassen. „Siemens liefert keine Waffensysteme als Ganzes“, lautete die Standard-Auskunft des früheren Vorstandschefs Plettner auf solche Anwürfe. Die Beiträge des Elektro-Konzerns für die Wehrtechnik sind diskret verteilt über etliche Geschäftsbereiche.

Weniger als 2,5 Prozent des Umsatzes, „wenn man den Begriff Rüstungsprodukte weit faßt“, macht Siemens nach eigener Aussage mit dem Militärgeschäft. Rüstungskritiker errechnen freilich Anteile von vier bis acht Prozent. Doch selbst wenn die konzerneigenen Zahlen zugrunde gelegt werden, ist Siemens mit über einer Milliarde Mark

Der Siemens-Forschungschef nahm zwar in der Tat an dem von den „Roten Blättern“ enthüllten Gespräch deutscher Industrieller mit amerikanischen SDI-Experten in Köln-Wahn teil. Doch die Münchner Manager hatten bald ausgerechnet, daß für sie dabei nicht viel herauspringen würde: „Was wir abbekommen könnten“, erkannte Siemens-Vorstandsvorsitzender Karlheinz Kaske, „liegt in einer Größenordnung von ein paar Millionen Dollar.“

Das schien Siemens den Ärger nicht wert. „Der Krieg ist nicht der Vater aller Dinge“, sagt Kaske, „weiser wird man durch eine solche Beteiligung am SDI-Projekt nicht.“ Vor einer vertrauten Gesprächsrunde nahm Forschungschef Beckurts, wie sich ein Teilnehmer erinnert, „mit Klarheit gegen SDI Stellung“.



Physiker Beckurts (M.) in der Kernforschungsanlage Jülich: „Zeit der Euphorie“

einer der sechs größten Rüstungsproduzenten der Bundesrepublik.

Zum Programm gehören militärische Nachrichtennetze, ein Heeres-Führungsinformationssystem und ein taktisches Richtfunknetz für die Bundeswehr, das sogenannte Freund-Feind-Identifizierungssystem „Capris“, elektronische Ausrüstung für das Kampfflugzeug Tornado, ein Nachtzielgerät für die Lenkwaffe Milan sowie Radarsysteme für die Panzer Gepard und Roland.

Mit rund sechs Prozent ist Siemens zudem am größten deutschen Waffenproduzenten Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) beteiligt; der Vorstand würde, heißt es in der Branche, seinen MBB-Anteil gern noch aufstocken. Über MBB wiederum partizipiert Siemens auch an Ronald Reagans „Star Wars“-Programm SDI.

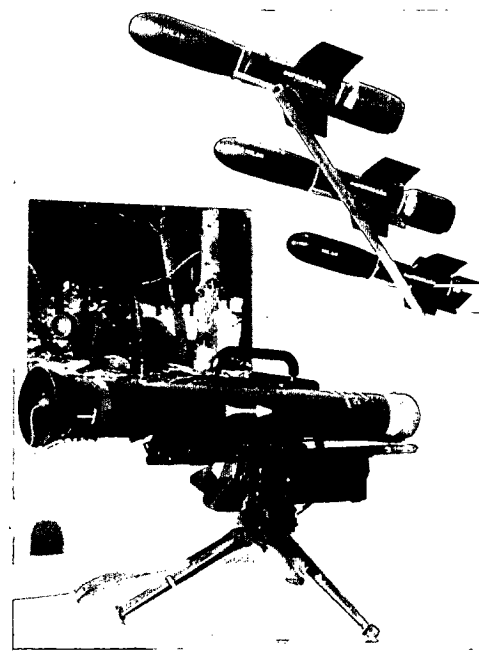
Siemens selber freilich hält sich dabei heraus – anders als die RAF-Ideologen ihrem Opfer Beckurts unterstellen.

Was in der Weltsicht der RAF als „Strategie des imperialistischen Gesamtsystems“ erscheint, ist im real existierenden Kapitalismus halt nicht so leicht auszumachen – zum Teil aufgrund banaler Fehlkalkulationen der von den Terroristen häufig überschätzten Manager.

Beispiel Kernkraft: Schon seit langem hängt der Mißerfolg der hundertprozentigen Siemens-Tochter Kraftwerk-Union (KWU) drohend über der sonst glänzenden Konzernbilanz. Denn das einst erhoffte weltweite Geschäft ist ausgeblieben.

Von den 355 Kernkraft-Blöcken, die Ende letzten Jahres weltweit in Betrieb waren, hat die KWU nur 20 gebaut, davon ganze drei im Ausland. Wenn drei noch laufende Inlandsaufträge abgewickelt sind, sieht es für die Beschäftigung der 14 000 KWU-Mitarbeiter finster aus, zumal die Hoffnung auf Aufträge aus exotischen Ländern sinkt.

Die Chinesen, denen die KWU zwei Reaktoren verkaufen will, haben diese



Mit Siemens-Elektronik ausgestattete

Atomprojekte vorerst gestrichen. Die Ägypter zögern, die Türken haben sich beleidigt einem anderen Konsortium zugewandt. In der Bundesrepublik sind nach Tschernobyl die Chancen, neue Atomkraftwerke bauen zu können, gleich Null.

Die Flaute im unsicheren Kernkraft-Geschäft wird dem Siemens-Konzern dieses Jahr einen häßlichen Knick in der Umsatzkurve bringen – einen Rückgang um zehn Prozent.

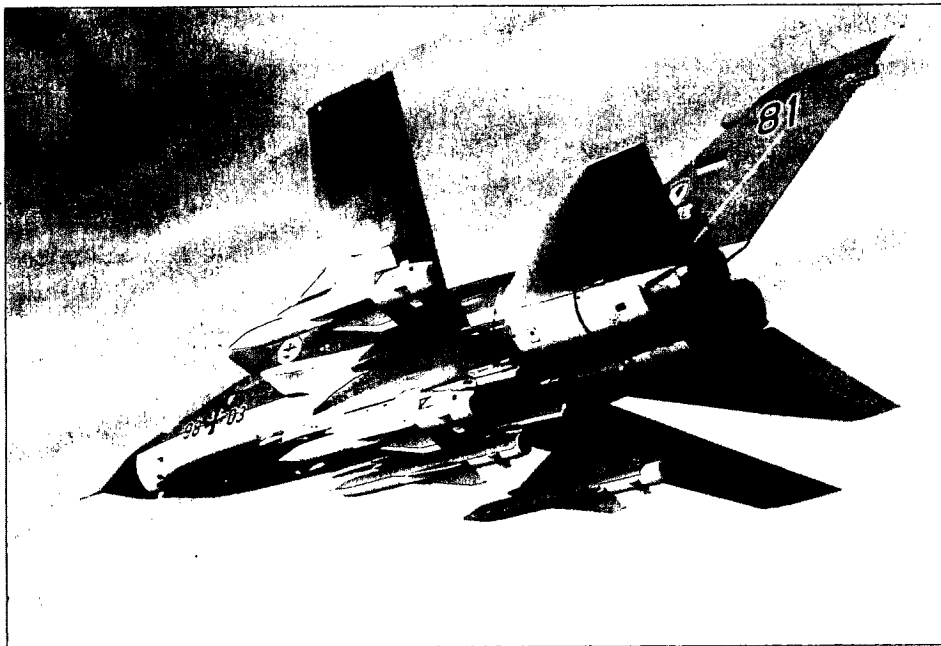
Die Attentäter sehen in Siemens, wie aus ihrem Bekennerbrief hervorgeht, gleichwohl nach wie vor den Inbegriff des „Atomkonzerns“ und überdies ein Unternehmen, das wie kaum ein anderes „für die geballte Macht und Aggression“ des Militärisch-Industriellen Komplexes stehe. Und Beckurts, schreiben sie, habe dran glauben müssen, weil er „bei Siemens eine zentrale Figur“ war.

Die Frage, welche Manager sonst noch als „zentrale Figur“ auf einer Abschußliste der RAF stehen könnten, löste letzte Woche bei Staatsschützern wie in den Chefetagen der Industrie aufs neue

Wie die Kulisse zu einem Attentatsfilm

Rätselraten aus. „Vor mir“, erklärte ein hoher Berliner Verfassungsschützer, „liegt ein Who is who der deutschen Kernenergie, da sind allein an die 900 Namen drin.“

Ein Bonner Sicherheitsexperte meint, „nur Schlüsselfiguren, Betreiber, Befehlsgeber, Schaltstellen“ seien wirklich in Gefahr – im Militärbereich etwa in erster Linie „die strategische Figur, die Befehle gibt“, in der Großindustrie vor allem Spitzenleute aus der Rüstungstech-



Rüstungsgüter*: Militärgeschäfte diskret verteilt

nologie sowie Banker, „die das Geld für solche Sachen geben“.

Für gefährdet hält ein Kölner Verfassungsschützer zum Beispiel „Leute wie den Strenger von Bayer, den Hockel von Rheinmetall, den Fels vom Institut der deutschen Wirtschaft, Gassert von BBC, Steinberger von MTU, Grosch von Dynamit Nobel, Christians von der Deutschen Bank, Beitz von Krupp, Kuhn von AEG, Hilger von Hoechst oder Albers von BASF“. Der eine oder andere sei offenbar von RAF-Spitzeln auch schon ausspioniert worden – so wie Beckurts von Siemens.

Um die Eigengefährdung gering zu halten, spähen die RAF-Kommandos ihre Zielfiguren oft monatelang aus. Beckurts mußte ihnen nicht nur wegen seiner Siemens-Funktion, sondern auch wegen seiner Wohngegend und seiner Lebensweise als geradezu ideales Opfer erscheinen. Der Tatort und auch Beckurts' Weg zur Arbeit nehmen sich teilweise aus wie die Kulisse zu einem Attentatsfilm: eine relativ enge Staatsstraße zweiter Klasse, links der Forstenrieder Park, rechts der Grünwalder Forst – beide durchzogen von einem Labyrinth von Wald- und damit auch Fluchtwegen.

Straßlach, ein ehemaliges Bauerndorf, beherbergt Ausflugslokale, ein Gestüt, einen Golfplatz und, auf dem Weg nach München, am Rande des schützenden Forstes, rollende Bordelle – Fremde fallen da kaum auf.

Seit einigen Jahren zieht das Dorf, im Rang noch nicht mit dem nahen Münchner Nobel-Viertel Grünwald zu vergleichen, auch Prominenz an: Der Fußballer Gerd Müller hatte hier ein Haus, der Heilpraktiker Manfred Köhnlechner pflegt auf einer Pferdekoppel mit seinem Leihhubschrauber zu starten, und auch ein Autohaus für

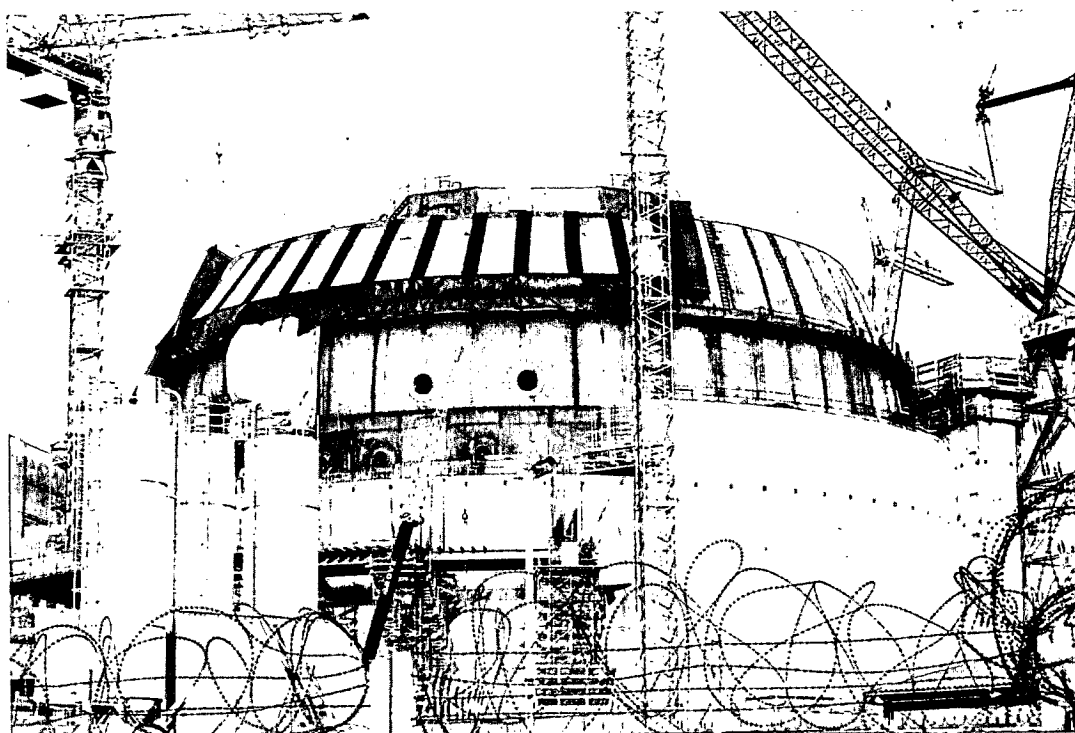
schicke britische Wagen hat hier sein Auskommen.

Doch für gefährdete Personen wie Beckurts wirkt die Lage des Dorfes wie eine beängstigende Sackgasse. Ausgedehnte Wälder im Osten und die brückenarme Isar im Westen machen die zweitklassige Staatsstraße auf dem Isarhochufer praktisch zum einzigen Weg nach München – ein Umstand, der es fast unmöglich macht, jene Grundregeln zu befolgen, die Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann so formuliert: „Keine Routine, keine Gewöhnung an die Gefahr, neue Wege, neue Straßen, neue Abfahrtszeitpunkte, ein immerwährendes Bewußtsein, daß man gefährdet ist.“

Auch in puncto Pünktlichkeit war der Siemens-Manager, wie Aufsichtsratschef Plettner bestätigt, „ein Vorbild“ und eines Besseren nicht zu belehren – also das Gegenteil dessen, was sich für Gefährdete geziemt (siehe Kasten Seite 24).

„Alles, was Sie und die Firma hochgebracht hat, Akribie, Pünktlichkeit, auf die Minute pünktlich, ein ganz überschaubarer Lebenslauf – das müssen Sie sich alles abgewöhnen“, pflegt Hans Joachim Langer, Geschäftsführer des Bayerischen Verbandes für Sicherheit in der Wirtschaft, seine Kundschaft zu beraten: „Sie müssen unordentlich leben und nur noch die Fähigkeit haben, aufzupassen, daß Ihre Leute ordentlich arbeiten.“

Eine gefährdete Person, ergänzt Langer, müsse „von ihren Gewohnheiten gar nicht lassen“: „Ihre Gewohnheiten müssen nur nicht immer am gleichen Tag zur gleichen Zeit geschehen.“ Zum Beispiel:



Kernkraftwerk der Siemens-Tochter KWU (in Brokdorf): Knick in der Umsatzkurve

* Panzerwaffe „Milan“, Kampfflugzeug „Tornado“.

„Hohes Risiko in einigen Nachtlokalen“

Wie sich westdeutsche Politiker und Topmanager gegen Attentate schützen

Eine umfassende Bewachung aller RAF-Gefährdeten – das sei, sagt der Berliner Staatsschutz-Chef Manfred Ganschow, „eine Geschichte, die von der Polizei nicht zu leisten ist“. Das würde „sich ausdehnen fast ins Unendliche“.

Schon wenn nur jene Politiker und Manager geschützt werden sollten, die in RAF-Papieren auftauchen, gibt ein anderer Polizeiführer zu bedenken, „müßten wir aus Personalmangel passen“. Zur Zeit haben das Bundeskriminalamt und die Polizeien der Länder zum Personen- und Objektschutz rund 5000 Beamte

Zur optimalen Bewachung gehören die ständige persönliche Begleitung und der permanente Objektschutz (Kategorie 1). Das Aufpassen reduziert sich über die Begleitung und den Objektschutz in besonderen Fällen (2), den ständigen Objektschutz durch Posten und Streife (3), die Begleitung zu bestimmten Anlässen (4), die Kontaktaufnahme vor Ort alle Stunden (5) bis zur täglichen Streife (6).

Doch selbst in ein und derselben Klasse fällt der Wirkungsgrad des Polizeischutzes unterschiedlich aus – denn die Bodyguards, die ihnen oft bis in die Toilettenräume folgen, sind vielen hoch-

Zack. Ein führender hessischer Christdemokrat (Stufe 2) beispielsweise übte mit seinen Wächtern eigenhändig auf dem Schießstand und spielte Gefahrensituationen durch: Auf Kommando hinwerfen und abrollen.

Nicht selten benutzt schutzwürdige Politprominenz das Wachpersonal mehr als Statussymbol. Und es kommt vor, daß die Gorillas als Gewährsleute für untadeliges Verhalten erhalten müssen. Er habe überhaupt keine Bestechungsgelder vom Flick-Konzern unbemerkt kassieren können, wehrte sich Otto Graf Lambsdorff vor dem Landgericht Bonn, weil ihm die Bewacher ja „Tag und Nacht auf den Fersen“ seien.

Daß sie eher Staffage sind, müssen sich die staatlichen Beschützer häufiger sagen lassen, seit Terrorkommandos, wie jetzt beim Anschlag auf den Siemens-Manager, aus sicherem Versteck verheerende Bomben zünden, statt, wie es früher war, im Vorbeifahren zu schießen oder das Opfer zu kidnappen. „Sicherheitsleute“, resigniert ein Vorstandsmitglied des Automobilkonzerns Ford, „erhöhen nur die Zahl der Toten.“

Für völlig sinnlos freilich halten die staatlichen Personenwächter ihren Einsatz nicht. Wenn die Terrorakte nicht mehr „im Nahkampf, Auge in Auge mit dem Opfer“ ausgeführt würden, sagt der Kieler Staatsschutz-Leiter Albert Struck, so sei dies „die Reaktion auf die Sicherheitsmaßnahmen“. Für die Attentäter habe das zur Folge, kalkulieren Sicherheitsleute, daß sie zu Mitteln greifen müssen, die längere Vorbereitungszeiten erfordern.

Darin sehen die staatlichen Bewacher ihre Chance, und sie haben sich auch schon darauf eingestellt. Geübt wird jetzt weniger, sich schützend vor das Opfer zu werfen und den Täter unschädlich zu machen. Zur Schulung gehört vor allem, erläutert ein Personenschützer der Frankfurter Polizei, „jedes verdächtige Ereignis im Vorfeld zu erfassen“.

Statt breitschultriger Gorillatypen stellt die Polizei den Schutzbefohlenen nun eher erfahrene Kripobeamte mit ausgeprägtem Spürsinn zur Seite. Doch auch dieses Konzept verpuffe, beklagt ein hessischer Staatsschützer, „wenn die VIPs in Fatalismus verfallen, statt Teamgeist zu zeigen“.

Ähnlich wie unter Politikern ist auch bei den gefährdeten Spitzenmanagern, die nur in Ausnahmefällen polizeilichen Personenschutz zugebilligt bekommen, das Vertrauen in staatliche oder private Leibwächter recht unterschiedlich.

Der frühere VW-Chef Toni Schmücker zog es vor, den eigenen Revolver



Siemens-Chefs Kaske (r.), Plettner (2. v. r.), Leibwächter: Schatten im Schlepp

abgestellt. Da müssen Prioritäten gesetzt, die Schutzbedürftigen in Gefährdungskategorien eingeteilt werden.

Nicht jeder wird schon dann zum Schutzbefohlenen, wenn er nur mal eine dunkle Gestalt in seiner Nähe beobachtet hat. Die „personenbezogene Prüfung machen wir sehr gründlich“, betont ein staatlicher Schutzmann aus dem Hessischen, „sonst könnte ja jeder kommen“.

Wen die Polizei zu schützen hat und wie, regelt die „Polizeidienstvorschrift 100“ (PDV). Die potentiellen Opfer sind danach in drei Gruppen einzuteilen: Erheblich gefährdet, gefährdet, Gefährdung ist nicht auszuschließen. Auch Art und Umfang der Schutzmaßnahmen sind nach der PDV 100 abgestuft, in sechs Kategorien.

rangigen Politikern schlicht lästig. Den Wachdienst bei Hessens Ministerpräsident Holger Börner (Stufe 1) empfinden Beamte als besondere Strapaze, weil der Regierungschef, so beklagt sich ein Beschützer, „uns nur widerwillig hin nimmt“.

Als Belästigung empfand auch Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht (Stufe 1) seine ständigen Bewacher. Weil in deren Unterkunft neben seinem Wohnhaus eine Toilette fehlte, gingen die Schutzleute immer auf Albrechts Privatklo. Als Entschädigung wälzte der Christdemokrat die Kosten für die Entleerung seiner privaten Sikkergrube anteilig auf das Land Niedersachsen ab.

Andere Anvertraute sind, zur Freude der Schutztrupps, dagegen richtig auf



Bewachter Bundeskanzler Kohl, Einbau einer Panzerglasscheibe: Mit Gorilla aufs Klo

unter der Achselhöhle zu tragen. Und viele fühlen wie der Vorstandsvorsitzende einer deutschen Großbank, der sich „einen Rest Freiheit und Privatleben bewahren“ und deshalb „nicht ständig mit einer Panzerweste herumrennen“ will. Vielfach aufwendiger, aber dafür erträglicher sind die Sicherungen, die Topmanager in Büro- und Privathäusern einbauen. Beim Schweizerischen Bankverein und der American Express Bank in Frankfurt etwa kommt nur in die Chefetage, wer mit einer Code-Karte den Fahrstuhl in Bewegung setzen kann.

Ein umfangreiches Schutzsystem hat Daimler-Benz für seine Spitzenleute aufgebaut, auch für unterwegs. Die Fahrer haben strikte Anweisung, ständig Route, Wagen und Nummernschild zu wechseln. Und der Werkschutz hat den Vorstandsmitgliedern dringend empfohlen, sich für zu Hause und den Spaziergang einen bissigen Hund anzuschaffen.

Zu den verordneten Verhaltensregeln gehört es, so ein Mercedes-Sprecher, in der Öffentlichkeit „möglichst wenig Aufsehen zu erregen“. Daß einer aus der Vorstandsetage „mit seinen Initialen auf dem Nummernschild herumfährt oder den Firmennamen im Kennzeichen hat“ wie der ermordete MTU-Chef Ernst Zimmermann (Kennzeichen: M-TU 5300), wäre, versichert der Daimler-Referent, „bei uns unvorstellbar“.

Wie sie sich in ihrer Freizeit bewegen, ob mit oder ohne Beschützer, können die Stuttgarter Konzernherren in der Regel selber bestimmen. Vorstandschef Werner Breitschwerdt jedenfalls wagte kürzlich einen Opernbesuch ganz ohne. Andere wie VW-Boß Carl Hahn oder die Siemens-Chefs Bernhard Plettner und Karlheinz Kaske treten zumeist mit Werkschutzleuten im Schlepp auf. Gute Ratschläge gibt es reichlich für Deutschlands Spitzenmanager. Die größte Sorge

bereitet den Wachleuten, daß ihre Schutzbefohlenen die einfachsten Verhaltensregeln außer acht lassen, wenn mal wieder lange nichts passiert ist. Da soll etwa das „Tagesrisiko-Profilogramm“ nachhelfen, das den Wirtschaftsbossen ständig die Phasen ihrer höchsten Gefährdung vor Augen hält.

Auf einer als Gedächtnisstütze gedachten 24-Stunden-Scheibe sind die gefährlichen Stunden aufgezeichnet. „Hohes Risiko“ bergen danach „der Waldlauf“, die „Fahrt zum Essen im Rotary-Club“ und die „Bewirtung von Geschäftsbesuch in einigen Nachtklokalen“. Um die Risikotabelle ständig parat zu haben, solle der Manager sie in seinem Taschen-Terminkalender „als Lesezeichen“ einlegen.

Nach dem Anschlag auf Professor Beckurts besinnen sich die Industriellen verstärkt auf den Schutz, den ihnen ein gepanzertes Auto bietet. Zwar kann auch BMW-Sprecher Heribert Roegner „nicht sagen“, ob ein solches Modell „beim Attentat von München den Insassen Überlebenschancen gegeben hätte“.

Sicher ist aber: Die Verwendung neuer Materialien hat die Spezialfahrzeuge widerstandsfähiger gemacht. So halten Keramikplatten, die anstelle von Stahlplatten eingebaut werden, auch Stahlkerngeschossen besser stand.

Doch die größere Sicherheit hat ihren Preis. Gepanzerte Mercedes-Modelle kosten bis zu 400 000 Mark. Und nicht einmal jeder, der genug Geld hat, kann ein solches Fahrzeug kaufen.

„Wir liefern“, schränkt Daimler-Benz-Sprecherin Ursula Mertz-Stein ein, „nur an uns bekannte Kunden oder Persönlichkeiten.“ Auf diese Weise solle verhindert werden, „daß so ein Wagen in die falschen Hände kommt und Terroristen ihn studieren können, um Schwachstellen herauszufinden“.

„Man muß nicht immer an jedem Dienstag und Donnerstag morgens von 10 bis 11 Uhr auf dem gleichen Tennisplatz Tennis spielen. Muß man doch nicht.“

Noch verhängnisvoller als Beckurts' geregelter Tageslauf war es möglicherweise, daß sein Wohnort und seine Telefonnummer ebenso wie die seines im gleichen Haus lebenden Sohnes Tobias, eines Arztes, im amtlichen Telefonbuch stehen. Und bei einem hochrangigen Manager, dem stets ein beiger BMW des betriebseigenen Sicherheitsdienstes folgte, nahm sogar die Polizei an, daß er in einem gepanzerten Fahrzeug unterwegs war.

Doch die Bundesanwaltschaft, die den Fall Straßlach wegen des terroristischen Hintergrunds an sich gezogen hatte, mußte am Mittwochnachmittag einräumen, daß Beckurts mit einem ganz normalen Serienauto der 7er Reihe von

Geht die Kriegskasse der RAF zur Neige?

BMW vorlieben genommen hatte. Dementsprechend sah es am Unfallort aus: Der Motorbereich schien halb weggerissen oder gestauch, die rechten Türen waren mit teilweise faustgroßen Löchern durchsiebt.

Während Beckurts und sein Fahrer sofort tot waren, kamen die nachfolgenden beiden Sicherheitsleute mit dem Schrecken und einer geborstenen Windschutzscheibe davon. Aus dem lähmenden Chaos danach konnten die Täter ohne Schwierigkeiten entfliehen – möglicherweise in einem weißen VW-Bus in Richtung München; gefahndet wird aber auch nach einem braunen Audi.

Obwohl beispielsweise der vor wenigen Wochen verstorbene frühere Aufsichtsratschef Peter von Siemens schon



RAF-Mitglieder Barbara und Horst Ludwig Meyer, Thomas Simon, Andrea Klump: „Wie Stehaufmännchen“

vor Jahren sein Haus im nahen Grünwald aus Sicherheitsgründen mit einer Etagenwohnung in der City vertauscht hat, sieht sein Nachfolger Plettner im Fall Beckurts trotz aller Mängel keinen Grund zur Kritik: „Ich wüßte nicht, was da kritisch zu vermerken wäre.“ Auch nach Ansicht des Bonner Polizeierperten Manfred Schreiber, einst Polizeipräsident von München, ist „alles getan worden, was man tun kann, um Dr. Beckurts und seinen Fahrer zu schützen“.

Bleibt den Fahndern nur die Hoffnung, die Täter rasch zu fassen, um weiteren Morden vorzubeugen. Denn die noch vor zwei Jahren gehegte Hoffnung, die RAF-Aktivitäten könnten allmählich versickern, scheint sich vorerst nicht zu erfüllen – obgleich die Gründergeneration der Baader und Meinhof längst tot und die Nachfolgegeneration der Klar und Mohnhaupt hochsicher verwahrt ist in westdeutschen Haftanstalten.

„Wie Stehaufmännchen“, wundert sich ein Ermittler, hätten „neue Figuren“ bei der RAF stets wieder „verlorene Logistik ersetzt“. Über genügend

„Jeder macht jetzt, was er kann“

Geld verfügen die RAF-Kommandos offenbar auch noch: Die Aktivitäten werden nach Einschätzung von Fahndern teilweise noch immer mit jenen Millionen finanziert, die 1977 bei der Entführung des Wiener Textilmillionärs Walter Michael Palmers abfielen, aber auch aus der Beute diverser Banküberfälle. Allerdings scheint die „Kriegskasse“ langsam zur Neige zu gehen: In einem RAF-Papier wird angekündigt, daß Überfälle auf Geldboten forciert werden sollen.

Mit Schußwaffen sind die RAF-Kommandos nach Experten-Urteil noch „ausreichend bestückt“, nicht zuletzt, weil die Polizei nicht alle Erddepots ausfindig

machen konnte. Bei einem Überfall auf ein Waffengeschäft in Maxdorf (bei Ludwigshafen) im November 1984 erbeuteten die Terroristen überdies 22 Faustfeuerwaffen und jede Menge Munition.

Eine differenzierte Organisationsstruktur schließlich ermöglicht mittlerweile konspiratives Arbeiten ebenso wie Nachwuchswerbung. Verfassungsschützer registrieren RAF-Aktivitäten „auf vier Ebenen“.

Auf der Kommandoebene, ganz oben, operieren nach Experten-Schätzung rund 20 Terroristen, die Mordanschläge wie auf Beckurts planen und durchführen. Eine Führungspersönlichkeit wie früher etwa Andreas Baader oder Gudrun Ensslin gibt es nicht, dafür wird die Gruppendisziplin als extrem hoch eingeschätzt.

Die Mitglieder stehen untereinander ständig in Kontakt, operieren aber immer nur in kleinen Gruppen. BKA-Experten glauben zwei Kommandogrup-

pen ausgemacht zu haben, eine in Baden-Württemberg, eine im Rhein-Main-Gebiet.

Der Mord an Rüstungsmanager Zimmermann wird den Baden-Württembergern zugeschrieben; als Hauptverdächtige gelten Barbara Meyer, geborene Metzger, 30, und ihr Ehemann Horst Ludwig Meyer, 30, die auch jetzt wieder als Täter in Frage kommen. Dieser süddeutschen Gruppe sollen auch die RAF-Mitglieder Eva Haule-Frimpong, 31, sowie Christoph Seidler, 28, und Thomas Simon, 33, angehören.

Auf das Konto der Rhein-Main-Gruppe gehen nach Überzeugung von BKA-Fahndern die Tötung des US-Soldaten Edward Pimental im August letzten Jahres in Wiesbaden und, Stunden später, ein Bombenanschlag auf die US Air Base in Frankfurt, bei dem zwei Menschen getötet wurden. Gefahndet wird vor allem nach der Wiesbadenerin Andrea Klump, 29, die Pimental in einen Hinterhalt gelockt haben soll; per Haftbefehl gesucht werden zudem Birgit Hoge-feld, 29, und Wolfgang Grams, 33.

Zur Fahndung ausgeschrieben sind auch die zuletzt in Norddeutschland georteten Sigrid Sternebeck, 37, Ekkehard Freiherr von Seckendorff-Gudent, 45, Sabine Callsen, 25, und Henning Beer, 27. Im Ausland abgetaucht scheinen die ebenfalls per Haftbefehl gesuchten RAF-Mitglieder Susanne Albrecht, 35, und Inge Vielt, 42. Ein halbes Dutzend weiterer Angehöriger von Kommandogruppen sind dem BKA namentlich nicht bekannt.



RAF-Verfolger Rebmann: Fahndung auf vier Ebenen

Der „zweiten RAF-Ebene“ zugerechnet werden die sogenannten „illegalen Militanten“, etwa zwanzig Personen, die teilweise ebenfalls abgetaucht sind. Einige Mitglieder dieser Gruppierung gehen nur für ein paar Monate in den Untergrund und kehren dann in die Legalität zurück.

Die Attentate dieser Ebene richten sich stets gegen „Sachen“, womöglich gefährdete Personen werden telephonisch gewarnt. Die meisten Aktivitäten der Militanten wurden um den Jahreswechsel 1984/85 registriert, als 33 RAF-Gefangene hungerstreikten und ihre Kameraden draußen zwecks Unterstützung fast täglich Bomben explodieren ließen und Brandsätze legten.

Mal setzte damals eine „Antiimperialistische Front“ eine Siemens-Lagerhalle in Frankfurt in Brand (Schaden: 15 Millionen Mark), mal verwüstete der

„Angriffe gegen die Strukturen der Nato“

Sprengsatz einer „Kämpfenden Einheit Gudrun Ensslin“ die Fensterfront des Regionalen Rechenzentrums in Reutlingen.

„Das sind nicht die alten Leute“, charakterisiert ein Terrorismus-Experte die Täter. Ungelenk abgefaßte Bekennerbriefe und primitive Sprengkörper erlaubten den Schluß: „Jeder macht jetzt in seiner Region das, was er kann – dort, wo er sich auskennt.“

Das geht mitunter schief. Als bei einem solchen Anschlag auf das Rechenzentrum der Baufirma Züblin in Stuttgart-Vaihingen eine in einem Kinderwagen versteckte Bombe zu früh explodierte, wurde der Terrorist Johannes Thimme, 28, in Stücke gerissen und seine Begleiterin Claudia Wannersdorfer, 25, schwer verletzt.

Der „dritten Ebene“ ordnet der Verfassungsschutz rund 200 „Legale“ zu, die versuchen, die RAF-Theorien anderen anarchistischen Gruppen nahezubringen, und die in ihrer „ganz typischen Schreibe“, so ein Verfassungsschützer, für die Ziele der Terrorgruppe werben. Zu dieser Ebene zählen Sympathisanten und Unterstützer mit bürgerlicher Existenz, häufig sogar Berufstätige. Auch dieser Personenkreis kommt laut BKA für kleinere Anschläge gegen „Sachen“ in Frage.

Der enge Kontakt zu inhaftierten Terroristen, die von ihnen betreut werden, hat immer wieder Mitglieder der „Legale“ dazu veranlaßt, abzutauchen und sich den RAF-Kommandos anzuschließen. Beispiele sind Christian Klar, 34, und Brigitte Mohnhaupt, 37, auch die im Januar in Hannover festgenommene, aber mittlerweile wieder freigelassene Annelie Becker, 32.

Als „vierte Ebene“ der RAF gelten die – derzeit 31 – RAF-Gefangenen, die



Terror-Tatort Pariser Polizeigebäude: „Der EG den Krieg erklärt“?

sich nicht vom Terrorismus losgesagt haben. Mit den „Legalen“ sprechen die Inhaftierten Kampfmaßnahmen ab, etwa Hungerstreiks drinnen, die von Gewalttaten draußen begleitet werden.

Der Einfluß der Inhaftierten auf die aktiven RAF-Kommandos jedoch scheint entgegen früheren Jahren drastisch gesunken. Unternehmungen wie der Anschlag auf den Siemens-Manager werden in der Regel mit den Häftlingen nicht abgestimmt. Auch die Zeit der versuchten Gefangenenerbefreiungen, die mit der Schleyer-Entführung 1977 ihren Höhepunkt fand, ist Vergangenheit.

Ausgebaut hat die RAF in den letzten Jahren indes ihre internationalen Kontakte, vor allem nach Frankreich. Die bilaterale Zusammenarbeit zeichnete sich erstmals grob in einem Papier ab (Titel: „Für die Einheit der Revo-

lutionäre in Westeuropa“), das die RAF und die französische „Action directe“ („AD“) am 15. Januar 1985 in Paris an Nachrichtenagenturen verteilten.

Darin kündigten die Terrororganisationen ein „historisches Projekt“ an: Dem „imperialistischen Versuch“, Westeuropa zum „harten Block zusammenzuschweißen“ und in die Nato zu integrieren, müsse mit „Angriffen gegen die multinationalen Strukturen der Nato“ begegnet werden.

Daß die Kooperation mittlerweile klappt, scheint ein Anschlag auf ein Pariser Polizeigebäude zu belegen, in dem am Mittwoch letzter Woche, nur wenige Stunden nach dem Straßbacher Attentat, eine Bombe explodierte, die sämtliche Büros des Bandendezernats verwüstete. Ein 54jähriger Kripoinspektor wurde von einer herabstürzenden



Terroristen-Fahndung: Schachzug mit Schikane

Decke erschlagen, mehr als zwanzig weitere Beamte wurden verletzt.

Aufgrund eines Bekennerbriefes, in dem sich ein „Kommando Loic-Lefevre – Action Directe“ am Freitag letzter Woche der Tat bezichtigte, wissen die französischen Behörden, wer hinter dem Anschlag steckt: der RAF-Partner AD, der schon einmal in zeitlicher Übereinstimmung mit einem RAF-Attentat zugeschlagen und bereits 1982 in einem Kommuniqué „die Internationalisierung der revolutionären Kämpfe“ propagiert hatte.

Solchen Bekenntnissen folgten Taten. Am 25. Januar 1985 wurde in La Celle-Saint-Cloud bei Paris der General René Audran, Direktor für internationale Angelegenheiten im Pariser Verteidigungsministerium und zuständig für Frankreichs staatliche Waffenexporte, vor seinem Haus von AD-Terroristen erschossen. Im Bekennerschreiben hieß es, Audran sei „hingerichtet“ worden, weil er „im Zentrum des strategischen imperialistischen Projektes“ gestanden habe: „Homogenisierung der europäischen Staaten unter Kontrolle der Nato“.

Als nur sechs Tage später in Gauting bei München der MTU-Firmenchef Zimmermann erschossen wurde, bezeichneten sich die Täter in einem Bekenneranruf ausdrücklich als „westeuropäische Guerilla“, die „das imperialistische System“ erschüttern wolle.

Die deutsch-französische Zusammenarbeit setzte sich im August letzten Jahres fort. Nachdem auf dem Air-Base-Parkplatz des Flughafens Frankfurt eine Autobombe explodiert war und zwei US-Passanten getötet worden waren, bezeich-

tigten sich RAF und AD per Brief gemeinsam des Attentats.

Von einer uneingeschränkten „Einheit der Revolutionäre in Westeuropa“, von der seit Jahren in RAF-Papieren geschwärmt wird, kann allerdings auch nach dem jüngsten Doppelschlag nicht die Rede sein.

Zwar gibt es laut Rebmann „Anhaltspunkte“ für personelle und logistische Zusammenarbeit zwischen der RAF und den belgischen Terrororganisationen „Cellules Communistes Combattantes“ (CCC) und „Front Revolutionnaire d'Action Proletarienne“ (FRAP). Und als die RAF-Gefangenen 1984 in den Hungerstreik traten, kam es in den Niederlanden und in Spanien zu Solidaritätsaktionen bis hin zu Sprengstoff-Attentaten.

Aber die RAF hat bei ihren Bemühungen um internationale Zusammenarbeit auch schon erhebliche Rückschläge erlitten. Ohne die erhoffte Resonanz blieb, trotz wiederholter Solidaritätsbekundungen für die „Genossen in Nordirland“, das Werben um die IRA-Terroristen. Die RAF-Geste, das Mordkommando, das den Rüstungsmanager Zimmermann tötete, nach dem IRA-Terroristen Patrick O'Hara zu benennen, zeigte nicht die erwünschte Wirkung. Im Gegenteil: Die fanatisch nationalistischen Nordiren verbatnen sich „die Schändung des Namens“.

Auch für die Einbindung der baskischen Untergrundbewegung Eta in eine „westeuropäische antiimperialistische Front“ gibt es laut Rebmann noch „keine konkreten Anhaltspunkte“. Und ideologische Meinungsverschiedenheiten

trübten bislang das Verhältnis der „anti-imperialistisch“ ausgerichteten RAF zu den klassenkämpferisch-proletarisch orientierten italienischen „Roten Brigaden“.

Daß die Beckurts-Mörder sich „Kommando Mara Cagol“ nannten, soll von den italienischen Genossen offenbar gleichsam als Verbeugung vor der Terroristin verstanden werden, die 1975 von der Polizei erschossen wurde. Den Wunsch nach mehr Zusammenarbeit signalisierte bereits im Mai eine RAF-Untergrundschrift („Zusammen kämpfen“), in der mehrere Beiträge der „Roten Brigaden“ veröffentlicht wurden.

Nach Überzeugung westdeutscher Terrorismus-Experten ist es auch auf die Isolation der Roten Armee Fraktion innerhalb der westdeutschen Linken zurückzuführen, daß die RAF bei ihren vielfältigen Umarmungsversuchen gelegentlich abblitzt: Eine derart elitäre Gruppierung wie die RAF wecke zwangsläufig Mißtrauen bei Organisationen wie IRA und Eta, die selber über „stabilen Rückhalt im Volk“ verfügten.

Die Einzelgänger-Rolle der RAF ist möglicherweise auch einer der Gründe dafür, daß die Attentäter von Straßlach in ihrem Bekennerpapier Wackersdorf nebst einer Reihe weiterer Kernkraftanlagen ausdrücklich erwähnt haben: Die RAF wollte, mutmaßt Generalbundesanwalt Rebmann, „offenbar den Bogen zur Anti-AKW-Bewegung schlagen“, um ihre Isolierung zu durchbrechen.

Diese Kurve von Straßlach nach Wackersdorf kriegten, aus anderen Gründen, auch andere: Rechte Unionspolitiker mühten sich letzte Woche, die Volksbewegung gegen den Bau neuer Atomanlagen mit dem Mordanschlag auf den Atomwissenschaftler gleichzusetzen.

Aus der Sicht des CSU-Abgeordneten Fritz Wittmann spiegelt sich in Wackersdorf wie in Straßlach der „Terrorismus in all seinen Spielarten“. Die CDU-Parlamentarier Karl Miltner und Werner

Anti-Atom-Demonstranten mit Mördern gleichgesetzt

Broll sehen zwischen Krawallmachern an den Atomfabriken und den RAF-Terroristen „nur noch einen graduellen Unterschied“.

Der Polizei-Abteilungsleiter im Bonner Innenministerium, Manfred Schreiber, befand bündig, die „Saat von Brokdorf und Wackersdorf“ sei „aufgegangen“. Am Freitag brachte dann der Chef selber die Nebelwerfer in Stellung: Als ob Demonstrieren die Vorstufe zum Bombenlegen wäre, nutzte Innenminister Zimmermann die Gunst der Stunde, ein weiteres Mal für eine Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts zu plädieren.

Auch die geplanten „Sicherheitsgesetze“, die im Frühjahr an Einwänden des

Koalitionspartners FDP gescheitert waren, will Zimmermann „unmittelbar nach der Sommerpause“ wieder von den Regierungsfractionen beraten lassen. Und erneut wetterte der Christsoziale gegen den Datenschutz, der „nicht übertrieben“ werden dürfe – ein absurdes Argument: Weder hätte der Anschlag durch weniger Datenschutz-Vorschriften verhindert werden können, noch können sich die neun Verdächtigen, deren Namen das Bundeskriminalamt am Donnerstag veröffentlichte, aus Datenschutz-Gründen dem Zugriff entziehen.

Und schon wieder, wie in den panischen siebziger Jahren, werden Kritiker, die rechtsstaatliche Bedenken über Polizei-Auswüchse äußern, in die geistige Nähe der Terroristen gerückt. Wer sich „in den letzten Wochen in zunehmender Wortradikalität“ oder „in Diffamierung der Polizei ergangen“ habe, hat nach Ansicht der Unions-Scharfmacher Miltner und Broll „das Klima für derart schreckliche Anschläge mit bereitet“.

Zimmermann und sein Polizei-Ministerialer Schreiber zogen sogar gegen die SPD zu Felde, die im hannoverschen Landtag per Untersuchungsausschuß den vom Verfassungsschutz inszenierten Sprengstoffanschlag von Celle überprüfen lassen will. Den Parlamentariern empfahl Schreiber, nicht immerzu „auf das Loch in der Mauer von Celle zu starren“. Die Staats-Zündung habe schließlich „dazu verhelfen“ sollen, „solche Verbrecher“ wie die in Straßlach „zu fassen“.

Zimmermann nutzte die Empörung über den Doppelmord schließlich auch noch zu einem parteipolitisch motivierten Schachzug. Mit einer mutwilligen Schikane, der ein großer Teil der Bevölkerung unterworfen wird, will der Minister den Widerstand gegen sein umstrittenstes Projekt brechen: die Einführung des EDV-lesbaren Personalausweises.

Zimmermann ordnete letzte Woche Totalkontrollen an allen Grenzen an, um den in kilometerlangen Staus steckenden Urlaubsreisenden vorzuführen, wie reibungslos die Abfertigung sein könnte, wenn es den Computer-Personalausweis schon gäbe. Dabei wissen alle Fachleute, daß ihnen noch nie ein Terrorist an der Grenze aufgrund einer Ausweiskontrolle ins Netz gegangen ist: Wenn sie es nicht vorzogen, über die grüne Grenze zu gehen, haben sich die RAF-Leute stets ausländischer Pässe bedient.

Und auf die können sie bequem auch in Zukunft ausweichen – kein anderes Land führt die Plastik-Kennkarte ein.

PARTEISPENDEN

Als Schatulle

Die Spendenempfänger der Altparteien rücken wieder zusammen: Sie fürchten, daß den parteinahen Stiftungen die Gemeinnützigkeit aberkannt wird.

Regelmäßig trafen sich die vier Schatzmeister von CDU, CSU, SPD und FDP reihum in den Parteizentralen zum Plausch. Gemeinsam überlegten die Kassenswerte, wie sie Staats- und Spendengelder für die angehängten Stiftungen in Parteikassen umlenken und sich vor den Finanzbehörden schützen konnten.

hat, so zeigen die kassierten SPD-Papiere, tatsächlich geklappt, in Schleswig-Holstein etwa sei „auf diese Weise“ ein Fall „bereinigt worden“.

Die Parteien haben sich sogar, ergaben die Ermittlungen, beim Transport von schwarzen Geldern aus der Schweiz gegenseitig geholfen. War beispielsweise CSU-Spieler verhindert, übernahm Karry für die Christsozialen den Botengang über die Grenze, die gewaschenen Tausender im Koffer verstaute.

Der Pakt endete, als die Parteien 1981 den Versuch unternahmen, sich mit einer Amnestie aller Sünden zu entledigen. Einflußreiche Sozis widersprachen, die SPD setzte sich ab und präsentierte sich als halbwegs saubere Partei. Doch seit vorige Woche die „Geldwäsche der



tz. München

„Na ja, eines für die Schmutzwäsche und das andere für die Hände“

Waren das noch Zeiten, damals in den siebziger Jahren. Daß sich die Herren des unrechten Tuns bewußt waren, zeigt ein Protokoll, das die Fahnder vor zwei Monaten in der Bonner SPD-Zentrale beschlagnahmt haben. Als Schatzmeister, so klagte Freidemokrat Heinz Herbert Karry damals, komme man „unweigerlich auf den Weg der schweren Kriminalität“, wenn man das ausführe, „was die Partei von einem erwarte“.

Doch heraus kam lange Zeit nichts, die Allparteienkoalition der Spendensammler hielt dicht. Das Kassensquartett (Walther Leisler Kiep und Karl-Heinz Spieler amtierten bei CDU und CSU; Karry wurde 1981 ermordet, Sozialdemokrat Alfred Nau starb 1983) hatte ein Warnsystem ausgetüftelt: Wenn irgendwo ein fleißiger Steuerbeamter den Parteien auf die Schliche kam, wurde sofort der Finanzminister des jeweiligen Bundeslandes benachrichtigt. Dieser Alarm

Genossen“ (SPIEGEL 28/1986) publik wurde, steckt auch die SPD tief im Spendensumpf.

Die SPD-nahe gemeinnützige Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) sammelte in nur sieben Jahren 56 Millionen Mark und überwies fast 22 Millionen Mark auf ein Baseler Konto der israelischen Fritz-Naphtali-Stiftung. Die Bonner Staatsanwaltschaft hegt den „erheblichen Verdacht“, daß ein Großteil des Geldes, illegal und am Fiskus vorbei, zur SPD zurückgeschleust worden sei. Ein anderer Teil, so bestätigte vorige Woche der frühere Generalsekretär der israelischen Arbeitspartei, Chaim Bar-Lev, diene den Sozialisten in Israel zur Finanzierung von Wahlkämpfen.

Die Schadenfreude bei der Union, daß nun auch die Sozis ins Zentrum der Affäre gerückt sind, hält sich in Grenzen. Der Fall sei „bei den Ermittlern in den richtigen Händen“, erklärte der